B67-8020

Kriegsprobleme der Arbeiterklasse / Heft 10

Zur Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie

Von August Winnig

Preis 10 Pfennig

Berlin-Karlshorst 1916
Verlag: „Internationale Korrespondenz" (A. Baumeister)

I.

Es hat nicht erst der Kriegszeit bedurft, um die deutsche Sozialdemokratie vor die Aufgabe einer Neuorientierung ihrer Politik zu stellen. Eine Umwandlung der politischen Methoden hatte sich in der Partei schon lange angekündigt, ja sie hatte schon seit einigen Jahren begonnen. Der Krieg hat nur mit katastrophaler Plötzlichkeit geschaffen, was sonst, bei ruhiger Entwicklung, mehrere Jahre nötig gehabt hätte, um zu werden und sich durchzusetzen.

Versuchen wir vor allem das taktische Problem der Partei klar und von allem Beiwerk befreit zu erfassen. Es ist ein taktisches Problem, keine Frage nach der Richtigkeit unserer Grundsätze. Ueber unsere Grundsätze, d. h. über unser Ziel sind wir uns völlig einig: wer die Demokratisierung des öffentlichen Lebens und die Sozialisierung des Wirtschaftsprozesses nicht will, ist kein Sozialdemokrat und kann es nicht sein. Nicht um das Ziel handelt es sich, sondern um den Weg. Hier stehen sich zwei politische Methoden gegenüber, die nicht erst seit dem 4. August 1914 und nicht erst seit dem Dresdner Parteitage miteinander ringen, sondern die seit den ersten Jahren der sozialdemokratischen Bewegung vertreten werden und miteinander im Wettbewerb stehen. Eine geschlossene Auffassung von unserer Taktik gab es höchstens im ersten Jahre des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, wo Lassalles überragende Persönlichkeit überhaupt keine abweichenden Bestrebungen aufkommen ließ. Will man den Unterschied zwischen beiden Methoden der Politik in eine klare Formel fassen, so wird man die eine die Methode des parlamentarischen, die andere die des revolutionären Kampfes nennen. Bei dieser Gegenüberstellung scheidet der gewerkschaftliche Kampf aus; obwohl sich die Verschieden-

artigkeit der politischen Methoden auch in der Auffassung der Gewerkschaftsarbeit äußert, bildet diese an sich selbst keinen Streitpunkt; beide Methoden sind genötigt, sie in Rechnung zu stellen und zu fördern, doch weichen sie in ihrer Auffassung vom Wesen der Gewerkschaftsarbeit voneinander ab. Im Grunde genommen aber sehen beide Auffassungen in der Gewerkschaftsarbeit die Kraft, die die Grundlage der ökonomischen Macht zu schaffen hat, auf der sich der Ueberbau des politischen Machtstrebens erheben kann.

Eine genaue Begriffsbestimmung der beiden politischen Methoden wird zwar jedesmal den Widerspruch einer der beiden Vertretergruppen finden, doch darf man sich dadurch nicht abhalten lassen, sie wenigstens zu versuchen.

Die parlamentarische Methode der Politik erblickt den Weg zum Ziel in einer Reihe von Etappen, die in ihrer Aufeinanderfolge und in ihrer Summe die politische Macht der Arbeiterklasse steigern und schließlich so weit steigern werden, daß sie für die Gesamtgestaltung des politischen Lebens ausschlaggebend wird. Die einzelnen Etappen werden dargestellt durch gesetzgeberische Erfolge. Die parlamentarische Methode ist also ein Kampf um die Gesetzgebung, um ihre durch die Verfassung gegebene Grundlage und um die einzelnen Gesetze. Zwar muß die gesetzbildende Kraft von untenher, aus der Masse des Volkes kommen, die Entscheidung über den Inhalt der Gesetze aber fällt im Parlament. Für die Vertreter dieser Methode ergibt sich darum die volle Ausnützung aller parlamentarischen Möglichkeiten als selbstverständliche Pflicht. Aller Erfolg aber ist an den Besitz der Mehrheit gebunden, und da die Sozialdemokratie heute eine Minderheit ist und es noch auf lange Zeit hinaus sein wird, so müssen ihre Vertreter durch alle parlamentarisch wirksamen Mittel versuchen, eine Mehrheit für ihre Vorschläge zu schaffen. Es kommt also immer darauf an, den Punkt zu finden, wo die eigenen Absichten mit den Absichten anderer Gruppen des Parlaments zusammenfallen und diesen Punkt zum Gegenstand der Aktion zu machen. Da die Ziele der nichtsozialistischen Gruppen des Parlaments andere sind als unsere, so wird bei dem gesetzgeberischen Zusammenwirken immer mit reichlichem Wasser gekocht werden, die Erfolge werden immer hinter den programmatischen Forderungen zurückbleiben. Es ist ein langsamer Fortschritt, der zudem nur durch angestrengte, allzeit wachsame Arbeit zu erreichen ist.

Die revolutionäre Methode der Politik lehnt diese parlamentarische Arbeit ab. Sie weist gesetzgeberische Erfolge selbstverständlich nicht zurück, aber sie verbietet es sich, mit nichtsozialistischen Gruppen zusammenzuarbeiten, sich mit ihnen über Ziel und Art der Aktion zu verständigen. Sie hält die Kluft zwischen der Sozialdemokratie und allen bürgerlichen Gruppen für so groß und die Gegensätze zwischen den verschiedenen bürgerlichen Gruppen für so gering, daß ihr ein solches Zusammenarbeiten, wie es die parlamentarische Methode zeitweilig verlangt, als unmöglich und jedenfalls für die sozialistischen Grundsätze verderblich erscheint. Infolgedessen sieht sie im Parlament nur die Tribüne, von der die bestehende Ordnung am wirksamsten kritisiert und der Sozialismus am besten propagiert werden kann; das Parlament ist ihr nur ein Instrument der Agitation, nicht des eigentlichen Kampfes um die Verwirklichung unserer Ziele. Für diesen Kampf sieht sie nicht nur den Schwerpunkt der Kraft, sondern auch das ausführende Organ in der Masse. Als die Form des Kampfes kommen nur Massenaktionen in Betracht: Versammlungen, Straßenkundgebungen, Massenstreiks und Insurrektion. Ueber die Zielsetzung bei diesen Aktionen besteht keine völlige Einheit der Auffassung; während die einen jede auftauchende politische Frage auf diese Weise entscheiden wollen, fassen die anderen den Gipfelpunkt der revolutionären Methode, den Massenstreik, als das Kampfmittel auf, mit dem die kapitalistische Gesellschaft zerschlagen und der Sozialismus verwirklicht werden kann.

Damit dürfte das Wesen der beiden politischen Methoden, die im Sozialismus — und nicht nur in Deutschland — miteinander ringen, im allgemeinen zutreffend gezeichnet sein. Jeder politisch aufmerksame Genosse wird, wenn er sich fragt, welche dieser Methoden unsere Partei bisher befolgt hat, nach einiger Betrachtung finden, daß die deutsche Sozialdemokratie bisher keine dieser Methoden konsequent und planmäßig anwandte. Offiziell stand die Partei zur revolutionären Methode und der Dresdner Parteitag hat sie durch einen mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß ausdrücklich darauf verpflichtet. In der praktischen Politik hat man sich jedoch nie zur konsequenten Anwendung der revolutionären Methode entschließen können. So oft und ungestüm man die Partei auch dazu zu drängen versucht hat (Parteitage zu Jena 1905 und 1913), so hat doch all dies Drängen nie zu etwas anderem

geführt als zu Resolutionen, die mehr oder weniger revolutionär abgestimmt waren, aber niemals das Wesen eines Ultimatums hatten, dem unweigerlich die revolutionäre Tat hätte folgen müssen.

Andererseits hütete man sich aber auch vor der konsequenten Anwendung der parlamentarischen Methode. Man arbeitete allerdings in den Parlamenten, man ging (obwohl die klarsten und kühnsten Vertreter der revolutionären Methode auch dagegen Einspruch erhoben) in die Kommissionen und Ausschüsse, stritt um jede Position, die mit Arbeiterinteressen verknüpft war, und tat das je länger, um so mehr in einem Geiste, der mit der revolutionären Geringschätzung des Parlaments durchaus nicht mehr zu vereinbaren war. Aber man konnte sich auch hier nicht zur vollen Konsequenz entschließen. Taktische Abreden mit anderen politischen Gruppen, so erwünscht sie zuweilen erschienen, galten als Kuhhandel und als Verstoß gegen die Parteigrundsätze. Allerlei kleine und oft kleinliche Bedenklichkeiten stellten sich der vollen Ausnützung der parlamentarischen Stellung in den Weg: der offizielle Revolutionarismus drohte immer wie Banquos Geist und schreckte vor der folgerichtigen Anwendung der parlamentarischen Methode ab. So bewegte sich die politische Methode der Partei in oft wunderlichen Widersprüchen. Sie war nicht parlamentarisch, sie war auch nicht revolutionär, sie verdiente überhaupt nicht den Namen einer Methode, sondern war gestern dies und morgen das; wohl entbehrte sie nicht des bestimmenden Gedankens, aber der bestand eben darin, so lange es irgend möglich war, die letzten Konsequenzen sowohl der einen wie der anderen Methode zu vermeiden.

Aber so konnte es die Partei eben keinem recht machen. Sowohl die Vertreter der parlamentarischen wie die der revolutionären Methode waren damit unzufrieden. Die Folge waren dauernde innere Kämpfe. Es ist gewiß ein gutes Ding um die Bewegtheit des geistigen Lebens, die immer nur durch abweichende Meinungen zu erzielen ist, auch um die Bewegtheit des Lebens innerhalb einer geschlossenen politischen Gruppe. Aber es gibt auch hier eine Grenze. Sind die Abweichungen der Ansichten so stark, daß sie ein einmütiges Handeln unmöglich machen, so hören sie auf, eine Quelle der Kraft und des Fortschritts zu sein, dann werden sie zu Hemmungen und zu Bremsklötzen. Wer möchte bestreiten, daß die Gegensätze in unserer Partei schon seit nahezu einem Jahrzehnt

diese Stärke angenommen hatten? Dadurch litt selbstverständlich die Aktion der Partei, ihre verantwortlichen Leiter ermangelten der inneren Freiheit, so zu handeln, wie es ihnen ihre Ueberzeugung gebot, sie fühlten sich zur Rücksicht auf die entgegengesetzten Anschauungen verpflichtet. Die Politik der Partei zeigte darum ein halbschlächtiges, unentschlossenes Wesen, sie war weder kalt noch warm, sie war lau. Aber so viel man dagegen sagen mag, man wird doch zugeben müssen, daß sie so, wie das Verhältnis der miteinander ringenden Meinungen war, nicht anders sein konnte. Was allen am höchsten stand, war die Einheit der Partei; wie wäre sie anders zu erhalten gewesen, als durch eine Politik, die sich fort und fort bemühte, die Mitte zwischen beiden Strömungen zu halten?

II.

Mag die Entwicklung unserer Taktik manche Zufälligkeiten aufweisen, so entbehrt sie in ihrer großen Linie doch nicht der inneren geschichtlichen Folgerichtigkeit.

Der wissenschaftliche Sozialismus bezeichnet sich als den Erben der klassischen deutschen Philosophie. Die deutsche Philosophie um die Wende des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts war der ideologische Ausdruck des aufsteigenden und um seine Geltung kämpfenden Bürgertums. Das Bürgertum als der Vertreter der sich sammelnden Kapitalmacht rebellierte gegen die Bevormundung des wirtschaftlichen Lebens durch die Lohntaxen, Verkaufsbestimmungen, Beschränkungen des Aufenthalts und des Geschäftsbetriebes, die das soziale System des absolutistischen Polizeistaates waren. Es lechzte nach Befreiung von diesen hemmenden Fesseln. Wie immer, so fanden wirtschaftliche Bedürfnisse auch in diesem Falle ihren ideologischen Ausdruck, der schließlich in der Forderung des Rechts der freien Persönlichkeit gipfelte. Die Philosophie bemühte sich, diese Forderung als den Urgrund jeder sittlichen Weltordnung zu erweisen.

Aber freilich mußte sie dabei auf halbem Wege stehen bleiben. Sie kämpfte für das aufsteigende Bürgertum; aber wenn der Erfolg in diesem Kampfe die Anerkennung des Rechts der freien Persönlichkeit voraussetzte, so setzte der Weiterbestand der bourgeoisen Herrlichkeit nach erkämpftem Siege über den absolutistischen Polizeistaat voraus, dem Proletariat dies Recht

vorzuenthalten. Mit anderen Worten: die klassische deutsche Philosophie errichtete das Ideal der Freiheit nur für die Bourgeoisie; es war die Aufgabe des wissenschaftlichen Sozialismus, es auch für das Proletariat zu verwirklichen. So folgt denn der wissenschaftliche Sozialismus in der Tat vielfach den Spuren der deutschen Philosophie in ihrer klassischen Periode. Er übernimmt ihre Forderungen und Begründungen und wendet sie auf das Proletariat an.

Aber mit den ethischen und philosophischen Argumenten des aufsteigenden Bürgertums hat der Sozialismus auch einen Teil der politischen Postulate und Methoden des Bürgertums übernommen. Es wäre nicht ohne Reiz, die sozialdemokratischen Forderungen daraufhin zu untersuchen, wie viele von ihnen der Rüstkammer des revolutionären Bürgertums entnommen sind. Es ist erklärlich, daß dadurch so manche Krähwinkelei, die längst eingesargt zu werden verdiente, dennoch bis auf den heutigen Tag bei uns weiterlebt. Wesentlich aber ist vor allem, daß die sozialistische Bewegung auch in ihrer politischen Methode ein Erbe des Bürgertums geworden ist.

Die politische Methode des Bürgertums in seinem Kampfe um Anteil an der Leitung und Verwaltung des Staates war revolutionärer Art. Sowohl in Frankreich, wie in England, in Oesterreich und in Deutschland hat das Bürgertum revolutionäre — im „Heugabelsinne" revolutionäre — Kämpfe führen müssen, ehe der absolutistische Polizeistaat ihm Raum gab. Die revolutionäre Erhebung war für das Bürgertum die einzig mögliche Methode, schon darum, weil es weder ein Parlament mit festgegründeten Rechten, noch eine gesetzliche Grundlage für ein freies Organisationswesen gab. Es war keine andere Methode möglich. Dagegen bot die revolutionäre Methode noch einige Aussicht auf Erfolg. Die Organisation der öffentlichen Gewalt in ihrer heutigen Straffheit und Vollkommenheit war noch nicht vorhanden. Das stehende Heer war im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung bedeutend kleiner als heute. Die Waffentechnik kannte noch keine Maschinengewehre, sie war noch nicht einmal bis zu den Hinterladern gekommen. Das Verhältnis zwischen den Kräften der herrschenden Staatsmacht und denen des revolutionären Volkes war also der Revolution nicht ungünstig. So konnte das Bürgertum im Kampfe um seine Geltung gar keine andere Methode anwenden als die der Revolution; und es zog keck alle ihre Konsequenzen bis zur Barrikade und zum Revo-

lutionsheer, sobald sich die friedlichen Mittel als wirkungslos erwiesen hatten.

Mit der politischen Ethik und Philosophie übernahm daher das Proletariat, als es sich, zunächst politisch, als Klasse organisierte, auch die Methode des politischen Kampfes.

Aber es fehlte auch schon in den Geburtsstunden der deutschen Arbeiterbewegung nicht an neuen Einsichten in die seit der Revolution geänderten Bedingungen auf dem politischen Kampffelde. Lassalle war zwar zu sehr Romantiker, um ganz und gar Realpolitiker zu sein; aber als er dem Leipziger Ausschuß schrieb: Seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines Wahlrecht heißt! Dies ist das Panier, das Sie aufpflanzen müssen! Es gibt kein anderes für Sie! da hatte der Realpolitiker über den Romantiker gesiegt. Lassalles heller Blick hatte intuitiv erkannt, wo das politische Kampffeld der Zukunft für die Arbeiterbewegung lag.

Aber Deutschland war nicht weniger erst im Werden als sein Proletariat und seine sozialistische Bewegung. Als Deutschland in der Glut der Einigungskriege zu einem großen Wirtschaftsgebiet zusammenschmolz, da hatte es wohl die Tür zum Eintritt in das Getriebe der Weltwirtschaft aufgestoßen, aber es hatte sie noch nicht durchschritten. Den Eintritt in die Weltwirtschaft mußte es sich erst in schweren Kämpfen gegen die älteren Industrieländer erzwingen. Die Dinge standen so, daß der natürliche Bevölkerungszuwachs gebieterisch die Steigerung der gewerblichen Warenerzeugung forderte, wenn nicht Jahr für Jahr Hunderttausende über das Weltmeer ziehen und die Zurückbleibenden in Dürftigkeit verelenden sollten. Zur Steigerung der Produktion aber war vor allem Steigerung des Warenabsatzes notwendig, die nur entweder durch bessere oder billigere Waren zu erreichen war, als sie die alten Industrieländer auf den Markt warfen. An die Herstellung besserer Waren war bei der Jugendlichkeit der deutschen Industrie und Technik nicht zu denken, man konnte nur durch die Billigkeit siegen. Diese aber war wiederum nicht ohne niedrige Löhne zu erreichen. Da stieß die Bourgeoisie auf die Arbeiterbewegung, die gerade ihren Kampf gegen die Hungerlöhne organisierte. In dieser geschichtlichen Situation traten sich Bourgeoisie und Arbeiterbewegung gegenüber. Der aus den sozialen Verhältnissen fließende Gegensatz mußte sich dadurch zur Todfeindschaft steigern.

Zu diesem Umstande kam ein anderer. Das deutsche Bürgertum trat zu einer Zeit in seine revolutionäre Periode ein, als das Proletariat bereits die ersten Anfänge der Entwicklung zur Klasse erreicht hatte. Bei jedem Blick auf den vor ihm stehenden absolutistischen Polizeistaat, gegen den es seinen Kampf führen mußte, blinzelte es zugleich zur Seite, ob nicht etwa die neue, unheimlich wachsende Masse des Fabrikproletariats auf dem Sprunge stände, von seinen Erfolgen einen ihm schädlichen Gewinn an sich zu reißen. Als darum die Gegenrevolution die ursprünglichen Märzerrungenschaften Stück für Stück zurückeroberte, gab sich das Bürgertum nicht sonderliche Mühe, das zu verhindern; seine eigene Stellung war soweit gesichert, wie die Kapitalinteressen es erheischten, und wenn auf diese Weise ein allzu aufdringliches Vorrücken des Proletariats verhindert werden konnte, so war ihm das schon recht. So war die Aufrichtung des bürgerlichen Verfassungsstaates in den deutschen Landen und vor allem in Preußen halbe Arbeit geblieben, ein Kompromiß zwischen den Trägern der alten absolutistischen Ordnung und den wirtschaftlichen Interessen der Bourgeoisie. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Arbeiterbewegung, so bald sie sich über sich selbst klar geworden war, den Kampf gegen diese Halbheiten aufnahm, da sie am meisten darunter litt. Damit aber wurde sie Gegenstand eifrigster Verfolgung durch die Staatsgewalt.

So vereinigten sich zwei Umstände, die dem Verhältnis zwischen der Arbeiterbewegung auf der einen, und Bourgeoisie und Staatsgewalt auf der anderen Seite jene Schärfe des Gegensatzes gaben, die nur allerschroffste gegenseitige Bekämpfung kannte. Der sinnenfälligste, nicht der einzige Ausdruck dieses Verhältnisses wurde das Ausnahmegesetz. Die politische Aechtung verband sich mit dem Elend der Hungerlöhne, mit denen die deutschen Arbeiter das Eindringen der deutschen Waren in den Welthandel bezahlten.

Das war die Grundlage, auf der die deutsche Arbeiterbewegung ihr Werk verrichten sollte. Es leuchtet ein, daß sie unter solchen Umständen einer revolutionären Auffassung ihrer Sendung zuneigen mußte. Der parlamentarische Kampfboden bot der kleinen Arbeitervertretung keine Erfolgaussichten; nicht nur ihre zahlenmäßige Schwäche, sondern auch der scharfe Gegensatz zu der kompakten Masse der bürgerlichen Parteien zwang ihr eine intransigente Haltung auf; nicht die gesetz-

geberische Arbeit, sondern der Kampf und die Propaganda für die Ideale der jungen Bewegung standen im Vordergrunde ihrer Tätigkeit. In dieser Lage mußte die Tradition der erst wenige Jahrzehnte zurückliegenden Revolutionsperiode einen großen Einfluß auf die Geister ausüben. Alles in allem konnte sich in der Auffassung der Arbeiterbewegung jener Zeit gar keine andere politische Methode behaupten als die revolutionäre; und die Verhältnisse hätten jeden Versuch, die Parteitaktik in andere Bahnen zu leiten, von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt.

Wer wollte heute sagen, daß es hätte anders sein können? Die Partei konnte keine andere Methode anwenden. Hätte sie ihre Taktik auf die parlamentarische Methode eingestellt, so wären ihr doch bei ihrer zahlenmäßigen Schwäche gesetzgeberische Erfolge nicht zuteil geworden, wenigstens gilt das für die ersten zwei bis drei Jahrzehnte ihres parlamentarischen Wirkens; dagegen gab ihr ihre rücksichtslose Kritik, worin sich die Anwendung der revolutionären Methode durchaus erschöpfte, eine propagandistische Kraft von unvergleichlichem Ausmaß. Und darin lag eine Leistung, die für die Zukunft von höchster Bedeutung war.

III.

Wenn man sich in der Mitte der neunziger Jahre in vertrautem Parteikreise über den Fortgang der Bewegung und über das Wie und Wann des schließlichen Triumphes unterhielt, so kam man stets zu dem Ergebnis, daß es selbstverständlich einmal „losgehen“ würde. Vorderhand sei man zwar noch zu schwach, aber wir würden immer weiter agitieren und immer größere Massen um unser Banner sammeln, und über kurz oder lang würde der Tag doch kommen, der alle Fragen lösen und alle Mühen lohnen würde. Man braucht heute nur eine ältere Ausgabe des Sozialdemokratischen Liederbuches zur Hand zu nehmen oder sich der mündlich überlieferten viel gesungenen Lieder jener Zeit zu erinnern, um den wahrsten Ausdruck des Geistes unserer Bewegung vor sich zu haben. Typisch dafür ist z. B. diese Stelle aus der revolutionären Parodie auf das fromme Liedlein „Weißt du, wieviel Sternlein stehen“:

Kommt das große Weltgerichte,
Wo ein jeder von uns spricht,
Kommt der Tag der Weltgeschichte,
Tu ein jeder seine Pflicht.
— — — — — — — — —
Kommt der Tag, dann rächen wir!

So dachte man in Wahrheit in der Masse.*) Man fühlte, daß etwas anderes einst geschehen müsse. Selbstverständlich mußte und wollte man agitieren; aber schließlich mußte doch auch einmal der Zeitpunkt kommen, wo die geworbene Kraft für das Ziel eingesetzt wurde. Uns alle beherrschte mehr oder minder der Gedanke an eine große politische und soziale Erlösung.

Aber je älter und größer die Bewegung wurde, um so mehr trat dieser Erlösungsgedanke in den Hintergrund. An die Stelle der politischen Diskussion und des revolutionären Gesanges trat allmählich die nüchterne Arbeit in den Gewerkschaften, in den Konsumvereinen, in den Krankenkassen, in den Gemeindevertretungen usw. Wer Muße fand, jene früheren

*) Aus meiner frühesten politischen Lehrzeit erinnere ich mich insbesondere zweier kennzeichnender Vorgänge. Als das Agrarprogramm im Mittelpunkte des Parteiinteresses stand, sprach ich mit einem Genossen darüber, bei dem ich gewohnheitsmäßig Belehrung holte. Dieser Mann war in der damaligen Parteiliteratur sehr belesen und ich verdanke ihm außerordentlich viel. Wir sprachen längere Zeit über den Gegenstand, wobei ich leise Einwendungen gegen seine verurteilende Auffassung wagte. Er sagte schließlich etwa dies: Auf all diese Dinge kommt es wenig an; die Hauptsache ist, daß es bald losgeht und daß es ordentlich Arbeit für das Klobebeil gibt. Zum besseren Verständnis sei bemerkt, daß man unter einem Klobebeil ein großes, schweres Beil mit breiter Schneidefläche versteht.

Bei einer anderen Gelegenheit diskutierten wir über die Zukunft des Sozialismus. Wir jungen Leute ergingen uns in sehr kühnen Vorstellungen. Unser Vertrauensmann, ein Mann von damals 35 Jahren, hörte dabei still zu und warf zuletzt die Bemerkung in unser Gespräch: Ich denke doch noch das absolute Königtum mit zu Grabe zu tragen. — Wir waren über solchen Pessimismus ganz konsterniert und protestierten heftig; wir empfanden eine solche Auffassung als das Todesurteil unserer Hoffnungen; sie fiel in der Tat so sehr aus dem Rahmen der damals herrschenden Ansicht, daß sie noch lange Gegenstand unserer Diskussionen blieb. — Das war vor reichlich zwanzig Jahren.

Diskussionen mit dieser Arbeit zu vergleichen, dem mußte es scheinen, als ob hier zwei Welten nebeneinander stünden. Diese Arbeit aber wurde mehr und mehr der Inhalt des Klassenstrebens, und so wuchsen, ohne daß wir uns dessen ganz bewußt wurden, die Keime eines neuen Systems empor. In die Arbeit kam Stetigkeit und Plan, allmählich reiften auch die Erfolge. So ging die Bewegung immer mehr in dieser Tätigkeit auf und paßte sich ihr allmählich äußerlich und innerlich an. Was sich tausendfach im örtlich begrenzten Rahmen abspielte, vollzog sich in größeren Verhältnissen und allgemeineren Linien auch in der Gesamtbewegung. Die Partei wuchs und sah sich damit vor neue Aufgaben gestellt. An die größere parlamentarische Vertretung knüpften sich größere Erwartungen, ihre größere Zahl gab ihrer parlamentarischen Stellung ein größeres Gewicht: die Opposition eines Dutzends konnte man ignorieren, bei 50, 80 oder gar 110 Vertretern aber wurde sie eine ernstere Sache. So wuchs die Partei auch enger mit der parlamentarischen Arbeit zusammen und empfand die daraus entstehenden Gegenwartsaufgaben mehr und mehr als den gegebenen Gegenstand ihrer Tätigkeit. Von Zeit zu Zeit trat die Notwendigkeit an sie heran, zur Förderung ihrer Arbeit mit dieser oder jener revolutionären Uebung zu brechen. Bald handelte es sich um die Teilnahme am Präsidium, bald um taktische Abkommen mit bürgerlichen Gruppen, bald um wichtige gesetzgeberische Akte, die nicht ohne ihre Zustimmung geschehen konnten. Bei jeder solchen Notwendigkeit stand die überlieferte Methode im Wege; auf der einen Seite mochte man mit ihr nicht brechen, auf der anderen wollte man aber auch die gebotene Gelegenheit zur Erhöhung des parlamentarischen Einflusses nicht unbenutzt lassen. Es war ein unentschlossenes Hin und Her, kein Vorwärts. Inzwischen aber waren wir zu einer Viermillionen-Partei geworden, die vor Gegenwart und Zukunft mit einer gewissen Verantwortung belastet ist; die handeln mußte, um vorwärts zu kommen.

Dabei versagte die revolutionäre Methode. Sie versagte, obwohl man sie gar nicht erschöpfend angewendet hatte: es zeigte sich, daß sie für uns nicht mehr anwendbar ist. Darin liegt ihr Versagen, ihr Zusammenbruch. Die Zeit der revolutionären Methode ist vorüber, sie ist durch die Ergebnisse des Geschichtsverlaufs abgetan.

Die revolutionäre Methode ohne die Bereitschaft, alle, auch ihre letzten Konsequenzen zu ziehen, ist ein Unding. Sie

ist ebenso unfruchtbar, wie es ein Koalitionsrecht mit dem Streikverbot wäre. Sie kann nur Erfolg haben, wenn sie mit allen ihren Konsequenzen gehandhabt wird. Ihr Erfolg ist ganz und gar an die allgemeine Gewißheit gebunden, daß diese Konsequenzen eintreten werden, wenn Staatsgewalt oder Kapitalistenklasse nicht nachgeben und einlenken. Das ist so klar wie der lichte Tag. Aber wie stand es damit? War die Partei innerlich zu diesen Konsequenzen bereit? Diese Frage ist schwer zu beantworten. Für eine um Jahrzehnte zurückliegende Zeit wird man sie, wenn auch mit einigen Vorbehalten, bejahen müssen. Um etwa die Mitte der neunziger Jahre begann indessen jene Entwicklung, die je länger — je mehr die Grundlagen einer solchen Bereitschaft zerstörte — es war der soeben erwähnte Uebergang vom agitatorischen Räsonnement zur aufbauenden Arbeit.

Die Gunst der wirtschaftlichen Lage — die deutsche Industrie begann nun in schnellem Tempo den Weltmarkt zu erobern — begünstigte diese Arbeit, sicherte ihr steigende Erfolge und ließ sie immer allgemeiner das eigentliche Tätigkeitsfeld der Bewegung werden. Allmählich gelang es, den Stand der Löhne zu heben, die Arbeitszeit zu verkürzen, die absolute Herrschaft des Unternehmertums über das Arbeitsverhältnis einzuschränken. Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse besserte sich. Das Organisationswesen wurde reicher und fester. Es entstand das dichte Netz einer gutgegründeten Presse, die sich wirtschaftlich mehr und mehr verselbständigte. Es bildeten sich die Rechtsschutzsekretariate. Man errang Einfluß in der Verwaltung der sozialpolitischen Körperschaften. Das Genossenschaftswesen, das lange unter doktrinären Vorurteilen gelitten hatte, wurde ein weites Feld für eine ergiebige Tätigkeit. So verlor das Wort, daß das Proletariat nichts weiter zu verlieren habe als seine Ketten — die Begründung des proletarischen Revolutionarismus — allmählich seine Geltung, es verlor sie für den Proletarier als Einzelpersönlichkeit und für das Proletariat als Klasse. Das Proletariat hatte jetzt in der Revolution tatsächlich etwas aufs Spiel zu setzen.

Man mag Neigung haben, diese Behauptung mit dem Hinweise auf die offenbare Dürftigkeit zu entkräften, in der sich trotz aller wirtschaftlicher Errungenschaften das Leben vieler Arbeiter bewegt. Aber es kommt für die sozialpsychologische Wirkung der eingetretenen Veränderungen in der Lebens-

haltung der Masse nicht so sehr auf die erreichte Höhe, als auf den Abstand zwischen Vergangenheit und Gegenwart an. Die eine Tatsache, daß es noch immer viel Not und Entbehrung im Arbeiterleben gibt, hebt die andere nicht auf, daß es gegen früher besser geworden ist, sie bleibt bestehen und behält ihre Wirkung auf das geistige Wesen, auf das politische und soziale Denken der Arbeiterklasse. So verlor die revolutionäre Methode auch durch die Früchte der aufbauenden Arbeit mehr und mehr den realen Boden in den Massen, deren innerliche Bereitschaft zur letzten revolutionären Konsequenz immer mehr durchlöchert wurde.

Wer freilich die Arbeiterbewegung nur durch den Stimmungsgehalt großer, demonstrativer Versammlungen kennen lernte, konnte sich leicht darüber täuschen. Diese Versammlungen waren allermeist von einem starken revolutionären Geist erfüllt, der lebhaft von der sonstigen Organisationstätigkeit abstach. Woran lag das? Es war sicherlich nichts weniger als ein leicht entzündetes Strohfeuer, was bei solchen Gelegenheiten in den Massen aufflammte. Hinter diesem Widerspruch im Charakter der Organisationstätigkeit und dem Stimmungsgehalt der Massenversammlungen steckte der große Widerspruch des ganzen öffentlichen deutschen Lebens. Auf der einen Seite ein Volk, dessen Tüchtigkeit sich mit Grundgewalt durchgesetzt, das sich einen Platz unter den wirtschaftlich und politisch führenden Völkern erobert hatte, dessen Bildungswesen weithin zum Vorbild geworden war, zu dessen Lehrstätten die Bildungsbeflissenen der ganzen Welt kamen, dessen Arbeiterschaft geistig und organisatorisch zum internationalen Muster geworden war, — und auf der anderen Seite ein Verfassungsleben, das fast hinter dem der Balkanstaaten oder dem der südamerikanischen Raubrepubliken zurückstand, und das Leben eines solchen Sechzig-Millionen-Volkes nach den Anschauungen des altpreußischen Gutsbezirks regeln wollte. Dieser Widerspruch im öffentlichen Leben Deutschlands erzeugte den Widerspruch in der Haltung der zahlreichsten Klasse des deutschen Volkes, die am meisten unter einer solchen Gegenwart litt. Es wäre ein bedenkliches Zeichen für den Beruf des deutschen Volkes gewesen, wenn es sich solche Zustände ohne Kundgebungen tiefster Unzufriedenheit hätte gefallen lassen. Gerade der Geist ungestümer Auflehnung gegen solche Regierungs- und Verwaltungsmethoden ist ein Beweis für die politische Reife der Massen. Daß es

trotzalledem bei der Anwendung parlamentarischer Kampfmethoden blieb und bleiben mußte, ist dagegen ein Beweis — der sicherste Beweis —, daß die revolutionäre Methode aufgehört hat, ein brauchbares Werkzeug für den politischen Kampf zu sein. Diese Erkenntnis, die selbstverständlich an Zeit und Raum gebunden ist, muß sich die Arbeiterklasse zu eigen machen und daraus die zwangsläufig gegebenen Schlußfolgerungen ziehen.

IV.

Man könnte annehmen, daß die sozialpsychologischen Wirkungen des aufbauenden Klassenkampfes durch eine intensive Schulung der Arbeiterklasse im Sinne der revolutionären Methode aufgehoben werden könnten. Tatsächlich läuft die Propaganda des äußersten linken Flügels der Partei darauf hinaus. Hilferding spricht zum Beispiel in seiner Kritik des bekannten Buches der Zwanzig (Nr. 10 des „Kampf" und Nrn. 282/84 des „Vorwärts") ausdrücklich von einer „antirevolutionären Wirkung" der Partei- und Gewerkschaftsarbeit und bemüht sich demgegenüber um den Nachweis, daß die Arbeiterklasse trotzalledem an der revolutionären Methode festhalten müsse. Beiläufig bemerkt: eigentlich müßten diese Genossen von ihrem Standpunkt aus wünschen, daß unsere Organisationsarbeit erfolglos bliebe, denn sie geben selber zu, daß die tatsächlichen Erfolge dem revolutionären Geist in der Arbeiterklasse entgegenwirken. — Nun ist es eine Frage für sich, ob es möglich ist, geistige Strömungen, die infolge tatsächlicher Verhältnisse entstanden sind und von diesen genährt werden, durch reine Ideologie zu überwinden. Bei einzelnen Personen wird das gelingen; bei der Masse der Arbeiterschaft muß es für jeden, der die Bedeutung der ökonomischen Tatsachen für den Geschichtsverlauf kennt, ausgeschlossen sein. Aber selbst wenn es in größerem Umfang möglich wäre, so bleibt doch noch ein anderer Umstand übrig, der von uns noch niemals in seiner überragenden Bedeutung gewürdigt worden ist: die gewaltige Erstarkung der Organisation der Staatsmacht.

Im Frieden mochte man an dieser Tatsache vorübergehen und sie nicht in ihrer vollen Größe erkennen. Der Krieg hat sie jedoch in ein blendend helles Licht gestellt. Sehen wir einmal zunächst von Deutschland ab: hat nicht der staat-

liche Zusammenhalt der Donaumonarchie selbst gute Kenner dieses Staatswesens überrascht? Und haben wir nicht gesehen, daß selbst in Ländern wie Aegypten oder Indien die Staatsgewalt stark genug war, alle Versuche einer Sprengung von innen heraus zum Scheitern zu bringen? Aber wir sprechen von Deutschland. Deutschland ist nicht Haiti, ist nicht China, ist nicht einmal Rußland. Deutschland verfügt über die stärkste staatliche Organisation der Welt. Kein anderes Land hat einen Verwaltungsapparat, der so straff aufgebaut ist und solche Leistungen vollbringt, wie Deutschland. Nirgends in der Welt sonst ist die Staatsgewalt wirtschaftlich und militärisch so fest verankert wie bei uns. Die Organisation der russischen Staatsmacht ist sicher weit weniger straff, verfügt über relativ geringere Machtmittel, hat aber ein Proletariat gegen sich, bei dem der Satz, daß es in einer Revolution nichts zu verlieren habe als seine Ketten, noch einigen Sinn besitzt. Und doch ist diese Staatsmacht mit der großen Erhebung des Proletariats von 1905 fertig geworden. Wohl hat das deutsche Proletariat dem russischen gegenüber die bessere Organisation voraus, aber es hat nicht nur die stärkere Staatsgewalt gegen sich, sondern es steht auch unter den (um es mit Hilferding zu sagen) „antirevolutionären" Einflüssen eines jahrzehntelangen und nicht erfolglosen Kampfes, die für das russische überhaupt noch nicht in Betracht kommen. Und dann steht die Staatsgewalt in Deutschland nicht allein, ihr zur Seite steht die umfassende Organisation des Kapitals. Aber man darf von alledem absehen und braucht nur auf die Umwälzung in der Waffentechnik hinzuweisen, die das Machtverhältnis zwischen den revolutionären und den gegenrevolutionären Kräften derart zuungunsten der ersteren verschoben hat, daß nur noch politischer Wunderglaube einen revolutionären Erfolg erhoffen kann. Das sind antirevolutionäre Wirklichkeiten, die auch die kühnste revolutionäre Rhetorik nicht hinwegreden kann. Es ist unsere Pflicht, diesen Wirklichkeiten endlich einmal ins Gesicht zu sehen und uns über ihre Bedeutung für unser künftiges System des politischen Kampfes klar zu werden. Die Schlußfolgerung ist auch hier unentrinnbar gegeben: offenes Bekenntnis zur parlamentarischen Methode.

Erst wenn wir die parlamentarische Methode in voller innerer Freiheit anwenden, werden wir alle ihre Erfolgsmöglichkeiten ausschöpfen können. Heute fehlt uns diese Frei-

heit. Wir werden eingeengt von allerlei Rücksichten, mit denen wir keinem, am allerwenigsten unserer Sache nützen und sind zuweilen gezwungen, günstige Gelegenheiten sehenden Auges ungenützt vorübergehen zu lassen. Wir legen uns selber Uebungen auf, die jedes politischen Wirklichkeitswertes bar sind, die fast den Charakter eines Kultes, einer revolutionären Symbolik tragen: dem Götzen der revolutionären Tradition wird nicht selten die gesunde Vernunft geopfert. Die Erkenntnis, daß uns für den politischen Kampf nichts anderes als die parlamentarische Methode übrig bleibt, zwingt uns, alle ihre Konsequenzen zu ziehen, um alles zu erreichen, was mit ihr erreichbar ist. Damit zwingt sie uns zugleich, alles zu unterlassen, was ihre Ergiebigkeit beeinträchtigen muß. Dazu gehören unter anderem jene „revolutionären" Kulthandlungen, zu denen wir uns bei den Budgetabstimmungen verpflichtet fühlen, die all jene Kräfte nähren, die aus unserer Aechtung und Isolierung Kapital schlagen. Wir müssen uns um unserer Sache willen von dieser Symbolik befreien, die mit dem demokratischen Sozialismus nicht mehr zu tun hat, als etwa die Reliquienverehrung mit der Religion. Was wir tun, das müssen wir ganz tun.

Oft spukt in unseren Reihen das Wort umher, wir seien eine von allen anderen Parteien grundsätzlich getrennte Partei und müßten uns darum auch in der Methode des Kampfes grundsätzlich von ihnen unterscheiden; für uns schicke sich eine andere Politik als die auf dem Boden des bürgerlichen Parlamentarismus. In dieser Auffassung mischt sich Wahres mit Falschem. Wir sind allerdings eine Partei ganz eigener Art; aber auch das Zentrum ist ein ganz originales Parteigebilde, ebenso wie es die Konservativen oder die Liberalen sind. Jede Partei hat ihre Eigenart, die sie von allen anderen Parteien unterscheidet; wäre dem nicht so, so hätte die parteimäßige Abgrenzung ja überhaupt kein Daseinsrecht. Es fragt sich nur, worin unsere Eigenart besteht, und weiter, ob diese in der Tat zwangsmäßig andere Methoden des politischen Kampfes bedingt.

Wir haben auf der einen Seite manche Wesenszüge mit anderen Parteien gemeinsam: mit dem Zentrum die Stützung auf Massenorganisationen, mit den Liberalen die Förderung von Kunst und Wissenschaft und die Gegnerschaft gegen das autokratische System in Regierung und Verwaltung; in

einigen untergeordneten Fragen hat uns die Praxis sogar schon mit den Konservativen zusammengeführt. Auf der anderen Seite aber haben wir Wesenszüge, die uns von allen anderen Parteien unterscheiden. Das ist unsere Eigenschaft als Vertretung der jüngsten und darum am meisten von Not und Unfreiheit bedrückten Klasse und weiter unser Gesellschaftsideal, das die Grundlage der bestehenden Gesellschaft, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, grundsätzlich verneint.

Unsere Theoretiker, die, wenn auch zumeist etwas verklausuliert, der revolutionären Methode das Wort reden, folgern hieraus, der Kampf um die politische Gleichberechtigung der Arbeiterklasse könne nicht im Parlament entschieden werden, denn er bedinge vorerst den Sturz der bürgerlichen Gesellschaft; da diese aber nur gegen den Widerstand aller nichtproletarischen Klassen gestürzt werden könne, so erfordere sie einen revolutionären Akt: ergo könne auch der Kampf um die politische Macht nur in revolutionären Formen vor sich gehen. Diese Folgerung mag in der Theorie durchaus schlüssig erscheinen, die Praxis zeigt uns aber auch davon abweichende Erscheinungen. Wohl ist die Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiterklasse an die Vermehrung ihrer ökonomischen Potenzen gebunden, aber augenscheinlich nicht in dem absoluten Sinne, wie die revolutionäre Doktrin annimmt. Daß die volle politische Gleichberechtigung der Arbeiterklasse, im Gegensatz zu dieser Doktrin, auch unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung möglich ist, zeigt uns das Verfassungswesen Dänemarks und Australiens. Darum ist der Kampf für sie nicht von vornherein aussichtslos, und darum müssen wir ihn führen, und zwar auf der politischen Grundlage der bürgerlichen Wirtschaftsordnung — das ist der heutige Staat, in dem der Parlamentarismus das vornehmste Mittel jeder Umwandlung und Fortentwicklung ist.

Der Kampf um die politische Gleichberechtigung hat im Parlament zu erfolgen und sich der hier gegebenen Mittel und Formen zu bedienen.

Aber der Kampf um die Sozialisierung der Gesellschaft, — ist durch ihn nicht unser Gegensatz zu allen anderen Parteien gegeben und liegt darin nicht der schlechthin zwingende Grund für die Anwendung der revolutionären Methode? Diese Folgerung vernehmen wir immer wieder, und sie findet immer wieder Gehör, obwohl sie durch die Wirklichkeit nicht die ge-

ringste Rechtfertigung erfährt. In der Tat gibt es nichts, was unmarxistischer wäre als diese Anschauung. Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens ist kein Vorgang, der durch Akte des Willens erzwungen werden könnte; sie kann sich nur vollziehen als politisch-ökonomische Notwendigkeit, die aus der Zwangslage der wirtschaftlichen Zustände herauswachsen muß. Der Sozialismus als Produktions- und Wirtschaftsform ist keine Frage der politischen Willenskundgebung; wohl kann seine frühere oder spätere Verwirklichung von politischen Zufälligkeiten abhängen, aber als Geschichtsepoche ist er eine Frage der Akkumulation des Kapitals, der ökonomischen Technik, der Bevölkerungsbewegung, mit einem Wort: der Entwicklung des Wirtschaftslebens in seiner Gesamtheit. Die Sozialisierung wird sich als neue Geschichtsepoche durchsetzen, wenn sie durch die ökonomischen Verhältnisse zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist.

Charles Fourier, der jahrelang auf den Millionär wartete, der seine Phalanstéres verwirklichte, war kein größerer Utopist als unsere Genossen und Genossinnen, die den Massenstreik fordern, um damit den Sozialismus zum Siege zu führen.

So ergibt sich der Schluß, daß weder unsere Grundsätze noch die zu ihrer Verwirklichung notwendigen Aufgaben uns zur Anwendung der revolutionären Methode zwingen. Sie zwingen uns weder zu der einen, noch zu der anderen. Unsere Methode wird uns aufgezwungen durch den Geschichtsverlauf. Und der hat der revolutionären Methode alle Möglichkeiten genommen, er läßt uns nur den einen Weg frei: das ist die konsequente Anwendung der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Methode.

BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 22450 8710

Soeben erschienen!

Preis 2 Mk. • geb. 3 Mk.

Druck: Landgraf & Co., Chemnitz.